

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1868**

29.1.1868 (No. 24)



# Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 29. Januar.

N. 24.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 fr. u. 2 fl. 3 fr.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 fr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1868.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf die Monate Februar und März der Karlsruher Zeitung.

## Badischer Landtag.

++ Karlsruhe, 28. Jan. 61. Öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer der Landstände. Unter dem Vorsitz des Präsidenten Silberbrandt.

Als Regierungskommissäre fungiren: Die Ministerialpräsidenten v. Freydrorf und Dr. Jolly, Geh. Referendar Cron, die Ministerialräthe Walli, Regenauer und W. Eisenlohr.

Der Präsident macht geschäftliche Mittheilungen; Abg. Lindau und Lichtenberger erhalten Urlaub.

Vom Sekretariat wird der Einlauf folgender Petitionen angezeigt; dieselben betreffen den Weinschank im Kleinen (von Staufen), Verzäpfung des selbstgepflanzten Weines (von Neuenheim), und die Rechtsverhältnisse der Studierenden (von Freiburg und Heidelberg).

Ministerialrath Regenauer legt einen Gesekentwurf über die Steuererhebung im Monat Februar 1868 vor.

Es beginnt die Berathung des außerordentlichen Budgets des Ministeriums des Innern; der betreffende Bericht ist vom Abg. Eckhard erstattet.

Abg. Beck rügt die Art und Weise, wie die Urkunden-Sammlung für die badische Haus- und Landesgeschichte in der letzten Zeit behandelt wurde, und verweist namentlich auf das erste Heft des vierten Bandes, wo die allerwichtigsten Urkunden veröffentlicht, Wichtiges nicht berücksichtigt wurde.

Abg. Straub findet die für den Neubau eines akademischen Krankenhauses in Heidelberg angeforderte Summe von 800,000 fl. ungewöhnlich hoch und fragt, ob der bezügliche Plan bereits festgestellt sei oder noch eine Aenderung erfahren könne, welche eine minder große Belastung des Budgets gestatte; zugleich drückt er den Wunsch aus, daß eine Lehrkanzeln für Psychiatrie errichtet und der Unterricht in diesem wichtigen Zweig der Wissenschaft ein obligatorischer werde.

Ministerialpräsident Dr. Jolly: Ein in seinen Einzelheiten festgestellter Plan für das Krankenhaus existirt noch nicht, jedenfalls werde von jedem Luxus bei Bau eines solchen abgesehen werden; dagegen müsse die Herstellung des Hospitals immerhin so geschehen, daß den Anforderungen, welche der Zweck erheische, vollkommen entsprochen werde. Für die Nothwendigkeit des Baues seien schlagende und erschöpfende Gründe im Kommissionsbericht enthalten; die Summe von 800,000 fl. werde nach dem einstimmigen Urtheil aller Sachverständigen nöthig.

Abg. Hoff hält die angeforderte Summe für nicht zu hoch gegriffen, und Abg. Paravicini macht gegenüber dem Abg. Straub eine verächtliche Bemerkung. Abg. Heilig hätte gewünscht, daß die für den besprochenen Bau gemachte Anforderung in die nächste Budgetperiode möchte verwiesen worden sein, und würde, mit Rücksicht auf die politische Lage und die ohnehin bedeutende Belastung der Staatskasse, einem dahin zielenden Antrag beistimmen. Abg. Wundt v. H. wendet sich gegen diese Ansicht und hebt hervor, daß der Neubau nicht allein im Interesse der Universität Heidelberg, sondern auch im humanen Interesse liege. Abg. v. Feder äußert sich in ähnlicher Weise wie der Abg. Heilig. Ministerialpräsident Dr. Jolly: Die Sache bis zum nächsten Budget und dann ad graecas calendas zu verschieben, sei unzumuthbar und den Interessen des Landes widersprechend; im Interesse der Universität sei der Bau unverzüglich; der Arzt, der Kliniker könne nicht leisten, was er wolle, wenn er ein den Bedürfnissen nicht genügendes Spital habe; tüchtige Kräfte seien dann auch entweder nicht zu gewinnen oder nicht zu halten. Er empfiehlt auf das dringendste den Kommissionsantrag. Abg. Kirsner: Diese Frage, um welche es sich hier handle, sei Gegenstand sehr langdauernder Berathung in der Kommission gewesen; über die Nothwendigkeit des Baues hätte man nicht lang geschwankt, diese sei von allen Seiten anerkannt worden; es habe sich sonach nur noch darum handeln können, ob eine Verschiebung um 2 Jahre stattfinden solle; die Kommission habe diese nach reiflicher Erwägung verneinen zu müssen geglaubt und sei so zu ihrem Antrag gekommen, besonders nachdem die Großh. Regierung die Versicherung gegeben, daß die Mittel erst verwendet werden würden, wenn Aussicht vorhanden sei, daß der Bau auch wirklich vollendet werden könne. Abg. Reul: Es handle sich um die Universität Heidelberg; das Haus solle dem Kommissionsantrag beipflichten.

Der Berichterstatter bemerkt dem ersten Redner gegenüber, daß erst vor kurzer Zeit große Anforderungen für die Universität Freiburg gemacht worden seien; er glaube nicht, daß gegen die Anforderung für Heidelberg der Abg. Straub sich mit solcher Schärfe erklärt hätte, wenn es sich um eine neue Anforderung für Freiburg handeln würde. Die Verschiebung des Baues sei eine sehr bedenkliche Sache, weil ein Bau in Frage sei, der 4 bis 5 Jahre in Anspruch nehme; da sei jedes Jahr, welches man verliere, ein Uebel. Der Zustand des jetzigen Spitals erheische dringende Abhilfe.

Hierauf wird der Kommissionsantrag angenommen; er geht dahin:

Zur Herstellung eines neuen akademischen Krankenhauses in Heidelberg für die nächste Budgetperiode, unter Einrechnung eines aufrecht zu erhaltenden Kredits von 86,900 fl., zusammen 186,900 fl. unter der Voraussetzung zu bewilligen, daß nach dem nunmehr anzufertigenden Bauplan und dem hierauf zu basirenden detaillirten Kostenüberschlag der Bau in allen seinen Theilen um die Summe von höchstens 700,000 fl. hergestellt werden kann und werden wird.

Hiezu fügt die Kommission den Wunsch: Es möge die Großh. Regierung, einedent der gegenwärtigen Zeitverhältnisse, alle mit der Erreichung des Zwecks vereinbarliche Sparsamkeit eintreten lassen, um, wenn immer thunlich, einen Theil der jetzt noch in Aussicht genommenen beträchtlichen Summe für die Befriedigung anderweiter Staatsbedürfnisse zu erübrigen.

Abg. Friederich beruft sich auf die Beschlüsse des Hauses und die Anträge der Großh. Regierung, wornach das neue Schullehrerseminar in Durlach erbaut werden sollte, während jetzt der Bau in Karlsruhe vorgesehen ist. Einen Antrag wolle er nicht stellen, da es ihm nicht einmal in der Budgetkommission gelungen sei, einen Freund für seine Ansicht zu gewinnen, und er wisse, wie schwer es sei, mit Gegenanträgen gegen die Budgetkommission durchzubringen; er betrachte den Verlust des Seminars für Durlach als ein Opfer, welches Folge des Krieges von 1866 sei.

Abg. Paravicini: Er sei früher auch der Ansicht gewesen, daß das Seminar in eine Landstadt verlegt werden solle; allein Durlach sei keine Landstadt, wie er sie im Sinn hatte; dieser Ort liege zu nahe bei der Residenz.

Abg. Straub: Die oft besprochenen Nothstände in der Heil- und Pflanzanstalt Forzheim seien noch nicht beseitigt; noch liege die Anstalt im tiefsten Theil der Stadt, rings von Wasser und von hohen Gebäuden, welche den freien Luftzutritt hindern, umgeben; die Fenster und Corridore seien zu eng; der Mangel an Raum mache die vollständige Trennung der Männer und Frauen unmöglich. Er bitte Großh. Regierung, diese Angelegenheit sehr in Erwägung zu ziehen, namentlich unter Berücksichtigung auf den heute über Psychiatrie geäußerten Wunsch.

Ministerialpräsident Dr. Jolly: Die bemerkten Nothstände seien theilweise begründet, die Großh. Regierung betrachte es daher auch fortwährend als ihre Pflicht, die Mittel für Abhilfe in Betracht zu nehmen. Wie geholfen werden könne, wisse er im Augenblick nicht; eine große Erleichterung für die Zentralanstalt könne eintreten, wenn, wie beabsichtigt, die Kreise einen Theil der Kranken übernehmen werden.

Abg. Penz: Sicher sei, daß jetzt 500 Kranke da untergebracht seien, wo früher 300 verpflegt wurden. Einer großartigen Anstalt für diese Unglücklichen bedürfe es nicht, es genüge, wenn für ihren Unterhalt und ihre Pflege gesorgt sei. Geholfen könne werden, wenn ein Theil der Kranken in Kitzlau untergebracht würde; er wünsche, daß in letzterem Ort eine Filialanstalt von Forzheim errichtet werde.

Die sämtlichen Anforderungen des Großh. Ministeriums des Innern werden genehmigt.

Bei Berathung des außerordentlichen Budgets des Justizministeriums spricht der Abg. Müller der Großh. Regierung den Dank von Stadt und Bezirk Radolfzell dafür aus, daß der Neubau eines Amtsgefängnisses zu Radolfzell in Aussicht genommen ist.

Im Uebrigen werden alle Budgetsätze ohne Beanstandung gebilligt. Ueber die Art, wie die am Ende der Budgetperiode nicht ganz verwendeten Administrativkredite behandelt werden sollen, entspinnt sich eine Debatte, geführt von Ministerialrath Walli, dem Berichterstatter, Ministerialrath W. Eisenlohr, dem Vorstand der Budgetkommission Kirsner, und den Abgg. Kufel und Nicolai, worauf die Kammer auf Antrag des Berichterstatters die aufrecht zu erhaltenden Kreditreste, welche sich auf Administrativkredite beziehen, als neue Anforderungen gutheißt.

Berathung des außerordentlichen Budgets des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

Abg. Kille: Von vielen Seiten sei er aufgefordert worden, einen Gegenstand zur Sprache zu bringen, der die Interessen vieler badischen Staatsangehörigen sehr nahe berühre. Die Livorneser Eisenbahn-Gesellschaft habe für mehrere Millionen Prozente Eisenbahn-Prioritätsobligationen ausgegeben. Nach dem durch die italienische Regierung genehmigten Statut sollen die Zinsen, sowie die durch Verloosung zur Heimzahlung bestimmten Kapitalien in effektiven (Silber-) Franken bezahlt werden. Für die richtige Erfüllung der Verbindlichkeit der Livorneser Eisenbahn-Gesellschaft habe die italienische Regierung die Staatsgarantie übernommen, wie es auf allen Obligationen gedruckt zu lesen sei. Im Vertrauen nun auf diese Garantie der italienischen Regierung hätten diese Obligationen in Deutschland eine starke Verbreitung gefunden; namentlich seien auch viele Angehörige des Großherzogthums Baden mit bedeutenden Summen theilhaftig. Pöthlich habe es nun der Livorneser Eisenbahn-Gesellschaft beliebt

zu beschließen, daß die Zahlung der Zinsen, sowie die Rückzahlung der verloosten Kapitalien, ihrer verbrieften Verpflichtung entgegen, in italienischem Papiergeld, statt in effektiven (Silber-) Franken zu geschehen habe, was für die Obligationsbesitzer den enormen Verlust von mehr als 20 Proz. auf Kapital und Zinsen zur Folge hätte. Die italienische Regierung habe diesen Vertragsbruch bis jetzt stillschweigend geschehen lassen, während es doch ihre Pflicht als Garantin gewesen wäre, zu Gunsten der benachtheiligten Gläubiger einzuschreiten. Daß diese unerhörte Maßregel in Deutschland überall große Sensation hervorgerufen hat, könne man sich denken. Es hätten sich in Mainz, Frankfurt, Darmstadt und an andern Orten bereits Komitees gebildet, um Schritte dagegen zu thun. Die Frankfurter Handelskammer habe eine Beschwerbeschreiben an die Regierung des Norddeutschen Bundes eingereicht. Nach seinem Dafürhalten müßten die Regierungen allerdings mitwirken, wenn ein Erfolg erzielt werden solle. Seine Bitte an die Großh. Regierung gehe daher dahin, es möge ihr gefallen, unsern Gesandten in Florenz anzuweisen, energische Schritte im Interesse unserer bedrohten Staatsangehörigen zu thun. Wenn wir uns auch nicht auf die Macht der Bayonnette stützen könnten, so zweifle er doch nicht daran, daß die italienische Regierung auf die Stimme der befreundeten badischen Regierung, der sie, wie er glaube, doch einige Rücksicht und Erkenntlichkeit schuldig sei, hören wird. Sollte dieses gegen Erwartung aber nicht der Fall sein, so habe die Großh. Regierung gewiß Mittel und Wege, auch mächtigere Bundesgenossen für die Sache zu interessieren. Daß derartige Darstellungen, wenn sie nur in der rechten Weise und mit gehöriger Energie gemacht würden, bei der italienischen Regierung nicht ungehört verhallen, dafür sei der Beweis geliefert. Die italienische Regierung habe nämlich vor etwa 1 1/2 Jahren mit ihrer Staatsrente, welche durch die Pariser Börse in Frankreich vielfach verbreitet worden sei, ein ähnliches Experiment machen und dieselbe, statt in Silber, wie sie verpflichtet sei, in Papier bezahlen wollen. Die französischen Interessenten hätten jedoch einfach Beschwerde geführt bei ihrer Regierung; das Tuilerientabinet habe nicht versäumt, energisch zu interveniren, und die Folge davon sei, daß die italienische Staatsrente bis auf den heutigen Tag nach wie vor in klingendem Silber bezahlt werde. Nur Deutschland glaube man nach alter Gewohnheit als eine politische Null behandeln zu dürfen. Lie Zeit aber, wo Deutschland sich eine solche Behandlung noch ruhig und geduldig gefallen lasse, sei hoffentlich vorüber. Sie müsse vorüber sein! Er stelle also die Bitte an die Großh. Regierung, sie möge die geeigneten Schritte thun, um den badischen Staatsangehörigen zu ihrem Recht zu verhelfen.

Abg. Nicolai unterstützt auf das nachdrücklichste diesen Wunsch; ebenso der Abg. Hummel.

Ministerialpräsident v. Freydrorf: Er werde dem ausgesprochenen Wunsche gern nachkommen; nur möge irgend ein Theilhaber oder eine Handelskammer das ganze thatsächliche Verhältniß in einer Eingabe an das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten genau darlegen. Bis jetzt habe er die Sache nur aus Zeitungen gekannt, und da habe ihm dieselbe nicht ganz ungewissheitlich erschienen. Er gebe sich eventuell der Hoffnung hin, daß die Schritte unseres Gesandten in Florenz, wie früher, wo es sich um Befreiung der in Italien wohnenden Badener von einem Zwangsanlehen handelte, von Erfolg werden begleitet sein. Bei dieser Gelegenheit gebe er zu bedenken, ob nicht der Gesandtschaftsposten in Florenz für die ganze Budgetperiode aufrecht erhalten werden wolle; er weise darauf hin, daß eine Minorität von 21 Stimmen sich für Beibehaltung dieses Postens ausgesprochen, daß die Erste Kammer der Ansicht der Minorität der Zweiten Kammer beigetreten sei, und weise auch auf das Triumphekreuz hin, welches der Beschluß dieses Hauses in der gegnerischen Presse hervorgerufen habe. Die inzwischen eingetretene politische Gestaltung mache die Beibehaltung des Gesandtschaftspostens ebenfalls wünschenswerth; Württemberg und Bayern hätten ihre Gesandten in Florenz beibehalten. Italien habe seinen Gesandtschaftsposten bei uns nicht eingezogen, sondern einen neuen Gesandten hieher her geschickt; wir sollten das durch Beibehaltung auch des unsern erwidern. Nachdem der bezügliche Beschluß dieses Hauses gefaßt war, habe er den Auftrag gegeben, für Gewinnung von Konsuln zu sorgen. Wider Erwarten habe sich die Durchführung des Auftrags leichter zu ermöglichen gezeigt, als befürchtet worden. Allein mit Errichtung von Konsulaten werde nicht viel gespart sein, während uns eine politische Vertretung in wichtigen Fragen, wie z. B. die Alpenüberschneidung, dann mangle. Wenn man aber auch Konsulate einrichte, so werde dies viel besser geschehen können von Florenz als von Karlsruhe aus, und da auch die Ueberwachung der Konsuln in der ersten Zeit ihres Bestehens zu wünschen sei, so erscheine das Fortbestehen des Gesandtschaftspostens in Florenz während der ganzen Budgetperiode sehr geboten.

Abg. Kufel hält nach dem Wortlaut der Livorneser Obligationen für möglich, daß die italienische Regierung vollständig in ihrem Recht sei, wenn sie die Auszahlung der Obligationen in landesüblichen Zahlungsmitteln vornehme und die Bezahlung der Kursdifferenz der betreffenden Gesellschaft über-



lasse. Die Interessenten sollten zuerst ihre Ansprüche auf dem Rechtsweg durchzusetzen suchen und nicht gleich die Vermittlung des Staats und der Polizei anrufen.

Abg. Kille dankt für die von der Regierungsbank abgegebene Erklärung; für die gewünschte Eingabe von Seiten einer Handelskammer werde er Sorge tragen; den Ausführungen wegen Beibehaltung des Gesandtschaftspostens in Florenz schließt er sich an.

Abg. Kirsner: Die für Aufrechterhaltung des Gesandtschaftspostens in Florenz vorgebrachten thatsächlichen Gründe habe die Budgetkommission erwogen; allein sie habe sich nicht entschließen können, dem Wunsche der Großh. Regierung in seiner ganzen Ausdehnung zu entsprechen; sie glaube, genug Rechnung getragen zu haben, wenn sie den Antrag stelle, die Mittel für den Gesandtschaftsposten in Florenz bis zum 1. Januar 1869 zu bewilligen. Abg. Beck unterstützt diesen Antrag. Abg. Wundt v. H. kann sich nicht für eine Umstufung des früher einmal gefassten Beschlusses erklären. Die vorgebrachten Gründe könne er nicht anerkennen. Ein Beschluß der Minorität stehe fest, gleichviel ob ihr eine große oder kleine Majorität sich gegenüber befinde. Was den Beschluß des andern Hauses anlangt, so glaube er, jenes Haus habe die Beschlüsse dieses Hauses zu achten, wie dieses Haus die Beschlüsse des andern Hauses achte. Die politische Lage in Italien sei damals, als es seinen Beschluß fakte, verwirrt gewesen als jetzt. Zum ersten Mal berufe sich die Großh. Regierung auf das Beispiel in den übrigen Südstaaten. Das Triumphgeschrei der ultramontanen Presse werde größer sein als vorher, wenn das Haus durch Umstufung seines Beschlusses seinem Ansehen einen Stoß gebe.

Abg. Kiefer glaubt auch nicht, daß das Haus seinen Beschluß umändern wird; allein es müßten doch triftige politische Gründe vorliegen, wenn die Budgetkommission einen Antrag auf Abänderung jenes Beschlusses stelle. Dem Gesandtschaftsposten lege er keine politische Macht bei, allein er halte ihn doch für sehr wichtig als ein bedeutendes Organ der politischen Orientierung. Mit den Anschauungen des auswärtigen Ministeriums sei er einverstanden; allein auch die Budgetkommission habe in ihrem Schoß nicht nur finanzielle, sondern auch politische Intelligenzen; er möchte deswegen weiter als der von ihr gestellte Antrag nicht gehen.

Abg. Beck wird dem Antrag beistimmen, weil er das Fortbestehen der Gesandtschaft bis zur Einrichtung der Konsulate für geboten hält.

Ministerialpräsident v. Freydrick kann sich, wenn kein weiter gehender Antrag gestellt werden will, auch mit dem Antrag der Budgetkommission zufrieden geben; derselbe stoße den früheren Beschluß nicht um, denn es solle bei jenem, der sich für Aufhebung des Gesandtschaftspostens durch Uebertragung des bezüglichen Budgetjahres in das außerordentliche Budget ausspreche, im Wesentlichen verbleiben, nur solle die Frist von 6 Monaten auf ein Jahr erstreckt werden. Eine Argumentation, wie sie ihm der Abg. Wundt unterstelle, sei ihm sehr fern gelegen. Er bitte das Haus, die vorgeschlagene Modifikation des früheren Beschlusses, namentlich aus dem auch vom Abg. Beck hervorgehobenen Grunde, anzunehmen.

Der Berichterstatter erklärt sich gegen den gestellten Antrag, und wendet sich insbesondere auch gegen die im andern Hause bei Gelegenheit der Beratung des ordentlichen Budgets des Ministeriums des Auswärtigen geschehenen Aeußerungen. Abg. Kufel bejaht, daß die Stimmung im andern Hause anfangs eine andere zu werden, als seither, und zwar eine solche, die kaum geeignet sei, zum guten Einvernehmen zwischen beiden Häusern viel beizutragen. Es seien bereits Ausdrücke in jenem Hause gefallen, die kaum mehr parlamentarisch zu nennen seien; er glaube, daß eine Verwahrung hiegegen ausgesprochen werden müsse. Da er früher zur Minorität gehört, so sei es ihm sehr leicht, dem Kommissionsantrag beizustimmen.

Abg. Kirsner verspricht sich von der Intervention unseres Gesandten in Florenz nicht viel Erfolg in der Livorneser Obligationenfrage; wenn die Sache vom Gesandten des Norddeutschen Bundes in die Hand genommen und ein Erfolg erzielt werde, werde dies auch den Interessenten in Süddeutschland zu gut kommen. Die Vortheile der Konsulate werden sich mit jenen der Gesandtschaften ausgleichen. Er betone, daß man ohne dazwischenliegenden faktischen Grund einen einmal gefassten Beschluß nicht umändern solle.

Ministerialpräsident v. Freydrick empfiehlt nochmals den Kommissionsantrag, und bemerkt, er habe in den Aeußerungen der Ersten Kammer nichts Verlesendes gegen dieses Haus gesehen.

Abg. Lamey ist für den Kommissionsantrag, der durchaus nicht gegen die früher ausgesprochene Tendenz der Kammer gehe, sondern dem Beschluß nur eine Korrektur gebe, welche unter Umständen auch die Regierung für sich allein vornehmen könne.

Abg. Kirsner: Er sei sehr erstaunt gewesen, als man den Kommissionsantrag als der Würde des Hauses widersprechend bezeichnet habe; es handle sich ja nur um eine Modifikation des früher gefassten Beschlusses, nur die Dauer des Gesandtschaftspostens werde modifiziert, dagegen die Aufhebung des letztern festgehalten.

Der Kommissionsantrag wird mit 27 gegen 22 Stimmen verworfen.

Sodann wird die Beratung über das außerordentliche Budget des Großh. Finanzministeriums eröffnet.

Abg. Heidenreich bedauert, daß es für den Landwirth gegenwärtig so schwer sei, von den Großh. Salinen Viehsalz zu erhalten; die Salinen beriefen sich darauf, daß sie nicht genug Röhrlin hätten; er bittet um Abhilfe. Viehsalz aus dem Ausland zu beziehen, sei wegen der von der Großh. Regierung mit auswärtigen Salinen abgeschlossenen Verträge unmöglich.

Ministerialrath Regener verspricht dies; der Salzverbrauch im Monat Dezember sei so bedeutend gewesen, daß die Salinen am 1. Jan. beinahe vollständig erschöpft waren. Die Verträge mit dem Ausland seien geschlossen worden im

Interesse der Konsumenten; denn da das Ausland sehr bedeutende Konkurrenz machen könne, wäre es ihm ohne Abschluß der Verträge möglich gewesen, die Salzpreise vollständig zu beherrschen.

Weiter wird nichts bemerkt; die Budgetsätze werden genehmigt.

Nach einer viertelstündigen Unterbrechung der Sitzung berichtet der Abg. Kirsner Namens der Budgetkommission über den heute vorgelegten Gesandtschaftsbericht, durch welchen das Gesetz vom 18. Nov. v. J. über Erhebung der Steuern in den Monaten Dezember 1867 und Januar 1868 auch für den Monat Februar 1868 Wirksamkeit erhält.

Abg. Kimmig zeigt einen druckfertigen Bericht an.

Die Abgg. v. Feder und Kopschitz erklären, daß sie aus den früher entwickelten Gründen dem Gesetz nicht zustimmen können.

Das Gesetz wird mit allen gegen drei Stimmen angenommen.

Schluß der Sitzung um 2/2 Uhr.

### Deutschland.

Stuttgart, 27. Jan. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 27. Jan.

Das Zollparlaments-Wahlgesetz war heute Gegenstand der Beratung; es wurde nach dreistündiger Beratung mit 78 Stimmen gegen die eine von Hoff in der Endabstimmung angenommen. Dasselbe unterscheidet sich im Wesentlichen nicht von dem andern Zollparlaments-Wahlgesetz, von dem badischen nur darin, daß es zum aktiven und passiven Wahlrecht das Erforderniß des württembergischen Staatsbürgerrechts aufstellt und das Recht nicht auch auf Angehörige anderer deutscher Staaten des Zollvereins ausdehnt. Eine Minderheit der staatsrechtlichen Kommission (Hölder, Probst) stellt zwar den Antrag, die Artikel 1 und 4, welche von dem aktiven und passiven Wahlrecht handeln, auch in dieser Hinsicht mit dem badischen Gesetz in Uebereinstimmung zu bringen; allein die Mehrheit der Kommission wie die Minister bekämpfen diesen Antrag, der denn auch mit 60 gegen 19 Stimmen abgelehnt wurde. Ein anderer Antrag der Minderheit, die Wahlkreise schon jetzt mit dem Landtag zu vereinbaren, wurde gleichfalls abgelehnt und die Bestimmung dahin getroffen, daß bei dieser Wahl die Regierung die Begrenzung der Wahlkreise festsetze, vor den folgenden aber mit dem Landtag Vereinbarung darüber treffe. Hiernach hat das Gesetz folgende Hauptbestimmungen: Art. 1. Wähler ist jeder unbescholtene württembergische Staatsbürger, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat. Art. 2 und 3 bezeichnen die Besoldungen. Art. 4 erklärt jeden wahlberechtigten Württemberg, der das Staatsbürgerrecht mindestens seit 3 Jahren besitzt, für wählbar. Art. 5 bestimmt, daß auf je 100,000 Seelen ein Abgeordneter zu wählen, und zwar jeder in einem besonderen Wahlkreis, welche letztere nach Art. 6 zum Zweck des Stimmabgebens in kleinere Bezirke eingetheilt werden. Art. 7 bis 9 handeln von näheren Bestimmungen über Ausübung des Wahlrechts und des Wahlgeschäfts. Art. 10 bestimmt, daß die Wahl direkt und durch absolute Stimmenmehrheit erfolgt; nur wenn keine absolute Stimmenmehrheit herauskommt, ist unter den 2 Kandidaten zu wählen, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Stellvertreter sind nach Art. 11 nicht zu wählen, die Wahlen aber laut Art. 12 im ganzen Land zu derselben Zeit vorzunehmen. Die Wahlbezirke und Wahlbezirkstexten werden Art. 13 zufolge von der Staatsregierung bestimmt.

München, 26. Jan. Der Ausschuß der Kammer der Abgeordneten für das Malzaufschlags-Gesetz hat die Anträge seiner drei Pfläzler Mitglieder auf Nichterführung, bezw. Vertagung der Einführung des Malzaufschlags in der Pfalz bis nach Revision des Tarifes abgelehnt und den Art. 10, welcher die Einführung dieses Aufschlags in der Pfalz bestimmt, mit 12 gegen 3 Stimmen angenommen. Graf Tauffkirchen hat die (schon telegraphisch berichtete) Ablehnung der ihm von den hiesigen National-Liberalen angedebotenen Kandidatur für das Zollparlament damit motiviert: daß „inzwischen eingetretene dienstliche Hindernisse ihm die Annahme unmöglich machten“.

München, 27. Jan. Die Reichsraths-Kammer faßte den Beschluß, die von ihr beauftragte Konzeptionspflicht des Buchhandels und die vierjährige Dienstzeit der Kavallerie fallen zu lassen. Es ist somit zwischen beiden Kammern bezüglich des Wehrgesetzes und Gewerbegesetzes die erwünschte Uebereinstimmung erfolgt.

Dornstadt, 27. Jan. Die Erste Kammer hat sämtliche Beschlüsse der Zweiten Kammer, nach welchen, bezüglich der Zollparlaments-Wahlen, die Wahlfähigkeit auf Hessen beschränkt bleiben soll, adoptirt.

Weimar, 25. Jan. (Fr. Z.) In heutiger Landtagssitzung wurde die Regierung wegen Gründung einer hypothetischen Kreditanstalt interpellirt und sagte Minister v. Wagners eine Vorlage zu. Die Ergänzungswahl des Präsidiums ergab, daß der zweite Vizepräsident Genast zum ersten und Hering zum zweiten Vizepräsidenten gewählt ward. Das vorgelegte Gesetz zur Erleichterung der Eheschließungen wurde mit dem vom Ausschuß beantragten Modifikationen angenommen.

Dresden, 25. Jan. (Nordb. A. Ztg.) Die Verpflichtung der k. sächsischen Postbeamten auf das Bundesgesetz ist jetzt im ganzen Land in der Art erfolgt, daß die Namensunterschrift der Verpflichteten zu Protokoll genommen wurde. Nur die höheren vom Bundespräsidium ernannten Beamten hatten auch Sr. Maj. dem König von Preußen als Bundesoberhaupt den Eid der Treue zu leisten. — Bei Gelegenheit der Genehmigung der von der Regierung abgeschlossenen Zoll-, Steuer- und Handelsverträge aus der Zeit vor der Stifung des Norddeutschen Bundes fielen in einer der letzten Sitzungen unserer Zweiten Kammer über den Segen der neu geschaffenen deutschen Staatenverhältnisse goldene Worte. Die Deputation der Kammer, ohne die Mehrheiten zu vernehmen, welche diese dem Lande aufbürden, findet doch die Unauslösbarkeit des Zollvereins im Norddeutschen Bunde, die Erweiterung, welche derselbe mit dem Hinzutritt von Schleswig-Holstein, Rauenburg und dem bevorstehenden von Mecklenburg

erfahren, endlich die Gewähr seiner weiteren rationellen Entwicklung von überwiegenderem Vortheil.

Berlin, 26. Jan. Die „Köln. Ztg.“ glaubt zu wissen, daß das neueste Rundschreiben des französischen Ministers des Innern, Pinard, an die Präfecten, über eine friedlichere Haltung der gouvernementalen Provinzpresse, Anlaß zu einem preussischen diplomatischen Rundschreiben gegeben hat, welches diesen Schritt der französischen Regierung als ein Symptom kennzeichnet, das durchaus geeignet sei, die Beziehungen der beiden Mächte immer freundlicher zu gestalten.

Berlin, 27. Jan. Die Kommission des Herrenhauses hat beschlossen, der Bewilligung der Anleihe von 40 Millionen nach der Fassung des Abgeordnetenhauses zuzustimmen. — Das Kammergericht kassirte die Verurtheilung Trewesten's zu zweijähriger Gefängnis und erkannte auf 300 Thlr. Geldbuße, eventuell 4 Monat Gefängnis, indem der Gerichtshof gleichzeitig erklärte, daß er bei seiner früheren (der Nebefreiheit günstigen) Auffassung des Artikels 84 beharre und nur in Folge des Ausspruchs des Obertribunals anders erkennen müsse.

Berlin, 27. Jan. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 27. Jan. Präsident v. Forckenbeck widmet dem Andenken des verstorbenen Abg. Reichenheim einen ehrenvollen Nachruf, forderte alsdann das Haus in dringender Weise zur Beschleunigung seiner Geschäfte auf, und kündigte für heute eventuell eine Abend Sitzung an. Die Tit. 37-41 des Etats des Kultusministeriums (Rechtswissenschaft, Provinzialbehörden) wurden alsdann mit zwei von den Kommissären des Hauses beantragten Resolutionen und einem Antrage Birchow's, das Rechtswissenschaftliche Ministerium zu prüfen und neu zu organisieren, genehmigt. Die Geschäftsberichte, von denen eine solche Reform durchzuführen wäre, stellte Abg. Birchow in einem längeren Vortrage fest. Zunächst habe sich die Stellung der gerichtlichen Medizin seit der Einführung des mündlichen Verfahrens und der Schwornengerichte gegen früher wesentlich geändert, gleichwohl würden die Gutachten und Arbitrien in allen drei Instanzen immer noch auf dem obsoleto gewordenen schriftlichen Wege eingeholt. Dazu bedürfte es aber einer ausdrücklichen Aenderung unserer Kriminalordnung. Andererseits wäre es eine wohlthätige Reform, die Thätigkeit der angehenden Gerichtsärzte möglichst einzuschränken, dagegen nach der Richtung der öffentlichen Gesundheitspflege hin zu erweitern. In diesem Gebiet, wo es sich vorzugsweise darum handelt, Krankheiten vorzubeugen, sei nur durch Einzelbeamte, nicht durch Kollegien zu wirken, wie es die Regierung auch durch die Qualifikation der Medizinalkollegien als wissenschaftlicher und technischer Beiräthe anerkannt habe.

Eine kurze Diskussion wurde durch die Thierärztenschule in Berlin veranlaßt, von der Abg. Birchow behauptete, daß sie zurückgehe; alsdann der Rest des Etats ohne erhebliche Weiterungen genehmigt. Sodann wurde der Etat der Eisenbahn-Verwaltung in Angriff genommen, den Regierungskommissar v. d. Red durch Rekapitulation der Ziffern einleitete. Die Einnahmen sind auf 31,116,678, die Ausgaben auf 18,994,389 Thlr. berechnet.

Berlin, 27. Jan. Heute Vormittag erfolgte das Leichenbegängniß des am 23. d. M. hier verstorbenen Generals der Infanterie z. D. v. Braun. Zur Theilnahme an der Trauerfeier im Sterbehause hatten sich namentlich viele Offiziere und hochgestellte Beamte eingefunden. — Nach mehrtägiger Krankheit ist hier heute früh der Abg. Leonor Reichenheim verstorben. Derselbe zeichnete sich durch seinen hervorragenden Wohlthätigkeitssinn aus, und hatte als Abgeordneter neben seiner vielbewährten Tüchtigkeit als Finanzmann u. A. besondere Verdienste durch seine wirksamen Bemühungen um die Ausgleichung des mehrjährigen großen Konflikts. — Vom Kriegsminister v. Moos sind Mittheilungen hier eingegangen, welche entnehmen lassen, daß den Umständen nach das Befinden desselben ein günstiges ist. Es steigert sich die Hoffnung auf eine baldige Wiedergenehung des Generals. — Die Eventualität einer Veretzung des Regierungspräsidenten v. Zedlitz aus Schleswig nach Plesnitz wird von mehreren Blättern mit Unrecht so gedeutet, als sei es bereits entschieden, daß die Erbherzogthümer nur eine Provinzialregierung erhalten würden. Eine solche Entscheidung ist aber noch nicht erfolgt, während der Zehr. v. Zedlitz schon längst für den Präsidentenposten in Plesnitz designirt ist. Demnach besteht zwischen beiden Momenten nicht der ihnen beigelegte Zusammenhang. — Die Behauptung, daß die Stellung des hiesigen französischen Botschafters, Hrn. Benedetti, unsicher geworden sei, stammt vorzugsweise aus Pariser Korrespondenzen. In Berlin haben solche Gerüchte nicht ihren Ursprung, wie auch hier von keiner Seite auf eine Entsendung des Hrn. Benedetti hingearbeitet wird.

Breslau, 24. Jan. Mit dem heutigen Personenzug der Posener Bahn kamen 300 ostpreussische Arbeiter hier an. Sie waren sämtlich von kräftigem Körperbau und standen meistens in einem Alter von 20 bis 30 Jahren. Nachdem sie in den Wartezimmern des Bahnhofgebäudes gespeist worden waren, wurden sie mittelst Extrazug nach Oberschlesien, zunächst nach Ratowitz, befördert, wo sie in den k. Steintohlen-Bergwerken verwendet werden sollen.

### Oesterreichische Monarchie.

Wien, 27. Jan. Das vielbesprochene Rundschreiben des Ministers des Innern an die Statthalter wird heute von dem offiziellen Abendblatt der Öffentlichkeit übergeben werden. Seine Hauptstelle lautet — nachdem vorausgeschickt worden, daß auch die bereits beedeten Beamten nachträglich die unverbrüchliche Beobachtung der Befassung zu beschwören haben werden —, wie folgt: Es ist dabei selbstverständlich auf Niemanden ein Zwang auszuüben, wider seine Ueberzeugung jene eidliche Erklärung abzugeben. Welcher der Staatsdiener sie mit seinem Gewissen nicht vereinbaren findet, gegen den ist von jeder Preffion in dieser Beziehung abgesehen und nur über den Fall zu berichten, worauf weitere Verfügung erfolgen wird. Diejenigen Organe der Regierung dagegen, welche diese Erklärung abgeben, müssen sich klar vergegenwärtigen, daß die Sache nicht wie eine bloße Formalität abgethan, sondern als ein politischer Akt von vollkommener Bedeutung behandelt wird.



Schweiz.

Bern, 27. Jan. Die Zahl derjenigen stimmberechtigten Einwohner des Kantons Zürich, welche Verfassungsrevision durch den Verfassungsrath beschlossen, beträgt 47,776; dagegen stimmten 10,057.

Italien.

Florenz, 23. Jan. (Köln. Ztg.) Endlich geht unsere Kammer etwas schneller in ihren Budgetberatungen vor. Obwohl die Linke jetzt zahlreich versammelt ist, befestigt sich doch die Stellung des Ministeriums. Die Rechte hält kompakt zusammen, und die Drohung der Auflösung übt auch einen heilsamen Einfluss auf die Kammer aus. Die Minister treten auch deshalb mit größerer Zuversicht auf als im Beginn. Die Rechte hält jetzt regelmäßig Vereinigungen ab, in denen beschlossen worden ist, die Steuervorschläge des Hrn. Cambray-Dignat sämtlich zu genehmigen, die somit große Aussicht auf Annahme haben. Und dann wäre das Ministerium auf lange sicher. Die Linke macht über die nun doch trotz aller Hindernisse erfolgte Ernennung des Hrn. Gualterio zum Minister des königl. Hauses großen Klam, um so mehr, als diese Stelle jetzt gerade zum ersten Mal seit drei Jahren besetzt worden ist. Dagegen geht Hr. Mattazzi noch stets bei dem König aus und ein. — Der Verkauf der Domaniale Güter geht noch immer unter ziemlich günstigen Verhältnissen vor sich, obwohl er die Konkurrenz des Verkaufs der Kirchengüter zu ertragen hat. Die Obligationen auf die noch nicht verkauften Serien der Nationalgüter stehen auf 400 bis 402 Lire, ein Preis, welcher demjenigen der Emision weit überlegen ist.

Frankreich.

Paris, 26. Jan. (Sch. M.) Die Aufregung im Lande wächst. Die Feindschaft gegen die kaiserl. Regierung wird immer fähner. Gestern ist hier überall ein geheimes Blatt „La République“ verbreitet worden, das offen zum Sturz des jetzigen Regiments auffordert. Von der andern Seite ist es bemerkenswerth, daß an alle Offiziere, vom Marschall bis zum Unterleutnant, der Befehl erteilt wurde: im Fall eines Aufstandes oder auch nur einer Zusammenrottung die drei gesetzlichen Anforderungen zu thun; im Fall dieselben aber nicht befolgt würden, sofort von der äußersten Strenge Gebrauch zu machen. Die Stimmung der Armee ist bis jetzt wenigstens noch der Art, daß die Mannschaft ihren Offizieren unbedenklich folgen und auf das Volk schießen würde. Besonders ist man in der Armee gegen die Presse erbittert, welche gegen das neue Gesetz so sehr gereizt und die Grausamkeiten der französischen Kruppen in Mexiko schonungslos enthüllt hat. — Man hat es sehr bemerkt, daß in dem Wahlprogramm des Hrn. des Retours, des offiziellen Kandidaten in Lille, eine Stelle gegen die Handelsfreiheit vorkommt. Von Seiten eines von der Regierung unterstützten Mannes muß eine solche Sprache Aufsehen erregen; sie muß zur Beförderung und Ermunterung der schützenerischen Agitation dienen. — Der Graf v. d. Solk ist beinahe ganz wieder hergestellt und hat schon die Geschäfte seiner Gesandtschaft zum Theil wieder übernommen.

Belgien.

Brüssel, 27. Jan. Bei den stattgefundenen Wahlen wurde Jamar in Brüssel mit 1330 gegen 1250, in Charleroi Pirmez mit 1537 gegen 1438 Stimmen wieder gewählt.

Dänemark.

Kopenhagen, 25. Jan. Der Folkething hat heute den Vertrag über die Abtretung der westindischen Inseln in der Schlussberatung einstimmig angenommen. Die Vorlage geht jetzt an den Landsting.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 24. Jan. Das „Journ. de St. Petersburg“ beantwortet einige Artikel der Pariser Blätter „Journ. des Debats“ und „Patrie“ in folgender Weise:

Rußland ist eben so wie Frankreich eine große und starke Macht. Ohne die Sucht, seine Grenzen zu erweitern, will es mit seinen Nachbarn in Frieden leben. Die Begründung des Wohlstandes im Innern ist die Hauptaufgabe Rußlands, und sein Ehrgeiz besteht darin, sich europäische Industrie, Handel und Kunst vollständig anzueignen. Rußland schreitet mit Vorsicht und ohne Haß gegen fremde Nationen vorwärts, und die russischen Völker sind von Natur tolerant und mitleidvoll gegen das Unglück sowohl innerhalb als außerhalb ihres Landes. Sie beanspruchen nirgends eine Uebermacht, werden aber nicht die ungerechtfertigten Ansprüche Anderer zugeben. Sie wünschen einen durch Eintracht der Regierung und Freundschaft der Völker konsolidierten Frieden. Wer den Krieg unvermeidlich macht, übernimmt eine furchtbare Verantwortlichkeit und wird den Fluch der Geschichte zu tragen haben. In der Gegenwart ist ein Krieg nicht eine Quelle des Ruhmes, sondern nur ein Unglück.

Alle übrigen Blätter sprechen sich heute auch energisch für den Frieden aus. Die „Börz.-Ztg.“ fordert sogar die russische Regierung auf, als stärkste Militärmacht den ersten Schritt zur allgemeinen Abrüstung zu thun.

Amerika.

London, 26. Jan. Die Erdstöße auf St. Thomas halten an, waren jedoch bei der Rückfahrt des Dampfers schwächer und weniger häufig. Auf Jamaica wurde am 7. d. M. ein heftiger Erdstoß verspürt. Die Revolution in Peru gewinnt Boden, und im Süden wie im Norden der Republik Bolivia ist ein Aufstand unter Acha ausgebrochen.

Baden.

Karlsruhe, 28. Jan. Mit einem brillanten Ballo, der gestern Abend stattfand, hat die Feier des 25. Stiftungsfestes der hiesigen „Liederhalle“ ihren Abschluß gefunden. Vorhergegangen war am Samstag ein Festkonzert mit darauffolgendem Banket in dem eigens zu diesem Zweck künstlerisch ausgeschmückten großen Eintrachtsaal. Auch diese Theile des Festes boten einen außerordentlichen Glanz und waren in allen Theilen wohl gelungen. Die Theilnahme war eine ganz allgemeine. Wir hoffen in Bälde ausführlicheres über dieses schöne Fest bringen zu können.

Mannheim, 26. Jan. Gestern Abend hielt im Kufsaal Hr. Dr. Strauß aus Heidelberg seinen Vortrag über Metternich. Der schwierigen Aufgabe, das langjährige und vielumspannende Wirken des Mannes unter einem richtigen Gesichtspunkt zu bringen, an sein staatsmännisches Genie und die sonstigen Mittel zu großen Erfolgen die Sonde zu legen, die ersten Schritte auf der abschüssigen Bahn der Mißerfolge, die bei der griechischen Frage begannen, bei der Wiener Revolution aufhörten, zu beleuchten, und dem Volk selbst, dem deutschen, welches den Glauben an sich verloren hatte, den Antheil seiner Selbstverschuldung an der über dasselbe vier Jahrzehnten lang verhängten Knechtung nachzuweisen und all dieses in lebendigem Vortrag dem Zuhörer nahe zu legen, wurde zu voller, durch seltene Heilsaltheiligung bezeugter Zufriedenheit des Hörerkreises gelobt.

Mannheim, 27. Jan. Heute Nachmittag verließ die badische Fahne auf dem Mittelbau des Groß. Schlosses, daß die zum Garoufel der Offiziere des hiesigen Dragonerregiments erwarteten Hohen Herrschaften aus Karlsruhe hier eingetroffen seien. Am Bahnhof waren Höchstbefehl, da ein feierlicher Empfang vorbereitet war, von dem General v. Barocke begrüßt worden. Auf 4 Uhr war Hofstapel im Schlosse; noch vor derselben widmete Ihre Königl. Hoheit die Frau Großherzogin nach gewohnter Weise den Anstalten für Erziehung und Unterricht Ihren Besuch und erzeute um 3 Uhr die Angehörigen des unter Ihrem Schutz stehenden Groß. Instituts durch Ihre Gegenwart. Das Karrouzel, zu welchem Einladungsarten ausgeheilt sind, findet um 1/2 Uhr statt. Morgen ist die Wiederholung gegen Eintrittsgeld von 1 Thaler zu Gunsten der Nothleidenden in Dürrenstein.

Mannheim, 28. Jan. (Mannh. J.) Gestern Abend wurde ein in Mannheim seltener Genuss geboten: es wurde nämlich von den H. Offizieren des hiesigen Leib-Drägerregimentes ein Garoufel veranstaltet, welches sehr gelungen ausgeführt wurde. Der in der Reitbahn des Groß. Schlosses gegebenen Produktion wohnten 33. Kk. Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin, mehrere erlauchte Mitglieder des Großherzoglichen Hauses nebst hohem Gefolge, eine große Anzahl Offiziere hiesiger und auswärtiger Garnisonen, die Spitzen der Behörden, sowie ein zahlreich geladenes Publikum bei. Die Reitbahn war zweckmäßig und elegant hergerichtet und gut beleuchtet. Am dem einen Ende der Bahn befand sich die Zuschauertribüne, mit Emblemen und den badischen Farben reich decorirt, im Rücken der Tribüne in einer Loge ein treffliches Orchester. Rechts und links an der Bahn waren reiche heraldische Dekorationen in prächtiger Umfassung angebracht. Der Hintergrund der Bahn war durch einen großen Vorhang abgeschlossen; zu beiden Seiten desselben waren Transparente mit Reiterfiguren angebracht. Das Ganze bot ein Bild einfaches und geschmackvolles Arrangements. Der Anfang wurde durch ein Trompetensignal gegeben: Der Vorhang verschwand, und es brausten zwei Reiter bis dicht an die Tribüne als Vorkämpfer des eröffnenden Umzuges. Derselbe wurde von den H. Offizieren, einer Abtheilung Unteroffiziere und dem Musikchor gegeben und war wirklich imposant. In Kolonnen aufgestellt, bewegte sich derselbe bis dicht vor die Tribüne und salutirte. Hierauf wurde eine Polonaise getritten, welche recht gelungen ausgeführt wurde. Nach derselben wurde in rascher Reihenfolge ein an Ueberschwung reiches Programm ausgeführt, in welchem vielfach Gelegenheit geboten war, die Gewandtheit der Reiter und die Leistungen der Pferde nach den verschiedenen Seiten hin zu bewundern. Militärische und Schulreize Touren wechselten mit Serietz- und Goullontouren angenehm ab. Von 24 Unteroffizieren wurde eine Tour recht brav und sauber getritten, wobei besonders die Attaque gut gefiel. Wir sind nicht im Stand, einer Einzeldarstellung einen besonderen Vorzug zu geben; alle Reiter wurden präzis und elegant ausgeführt. Das Ganze machte einen wohlthuenden harmonischen Eindruck, welcher ein richtiges Arrangement, sowie eine freudige Mitwirkung der Beteiligten erkennen ließ.

Fahr, 26. Jan. (Heidelb. Ztg.) Heute hat hier eine Vorversammlung für die Zollparlament-Wahlen stattgefunden. Die Kemter Offenburger, Kahr, Entenheim und Kenzinger, welche gemeinschaftlich einen Abgeordneten zu wählen haben, waren durch Vertrauensmänner vertreten, und es mochten vielleicht 200 oder mehr Personen im Saale des hiesigen Kasino's versammelt sein. Hr. Gemeinderath Chr. Siefer begrüßte die Anwesenden im Namen der Stadt und schlug zum Vorsitzenden der Versammlung den Landtags-Abgeordneten Gehardt vor. Hr. Gehardt übernahm die Leitung der Angelegenheiten der Versammlung und wies in patriotischer Rede auf die hohen Pflichten hin, die dem deutschen Volk durch die Wahlen in das Zollparlament erwachsen. Wie vorausgesehen, wurde der Landtags-Abgeordnete Siefer als Kandidat vorgeschlagen und auch einstimmig angenommen, nachdem sich vorher einige Reden, darunter die Abgg. Kurban und Gerbel, in einbringlichen Schilderungen über den Vorgelegenen ergingen.

Vermischte Nachrichten.

Mannheim, 27. Jan. Ein A. Reih hat von dem Honorar für ihr mit glänzenden Ehren aufgenommenes Gastspiel als „Amine“ in der „Nachtwandlerin“ hundert Gulden der Sammlung für die Nothleidenden in Dürrenstein übergeben. Den Rest erhielten Wohlthätigkeitsanstalten, so das Kinderhospital der Diakonissen siebenzig Gulden. Die oben erwähnte Sammlung beträgt in hiesiger Stadt zwischen 4000 und 5000 fl.; eben so viel im benachbarten Heidelberg. Als schöner Zug bleibt zu erwähnen, daß aus benachbarten Landorten, aus denen man sonst auf solche Liebesgaben nicht immer rechnen kann, Beiträge für diesen Wohlthätigkeitszweck eingegangen sind.

Besth, 25. Jan. Der „Lloyd“ schreibt: „Die Kuppel der Leopoldstädter Basilika ist zusammengefallen! Doch vor kaum vier Wochen hatte eine Kommission von Sachverständigen den Bau untersucht und dem Magistrat die Versicherung erteilt, daß nicht nur von der vielgeschätzten Gefahr keine Spur sei, sondern daß im Gegenteil die Kuppel die ihr nach dem Bauplan bestimmte Last von etwa 25,000 Zentnern getrost und ohne jede weitere Vorsichtsmaßnahme aufzubehalten vermöge! Das Gutachten der sachverständigen Kommission hat das traurige Dementi erfahren. Die mit einem Kostenaufwand von mehr als einer viertel Million verbunden gewesene Arbeit von Jahren liegt da als ein Schuttbaufen. Um 1/2 Uhr sollte sich eine Kommission am Bauplatz einfinden, um der heutigen Generalversammlung der Stadtrepräsentanz Bericht über den Zustand des Baues zu erstatten! Nun, der Bericht ist erstattet! Wenige Minuten nach 3 Uhr fand die Katastrophe des Zusammensturzes statt. Wir waren zufällig am Schauplatz derselben anwesend und hatten den furchtbar großartigen Anblick in nächster Nähe; das Ganze währte kaum fünf Sekunden. Ein Krach — und die wichtige, säulengetra-

gene Kuppel war mitten entzwei geborsten, dann stürzte der nördliche Theil derselben hinab, die Wölbung der Kirche wie eine Mastafel zersplitternd — ein halber Anstrich rang sich aus der Brust des belommenen Publikums — dann sah man noch den andern Theil des geborstenen Kuppelbaues eine Sekunde schwanke, dann stürzte auch dieser dem ersten nach, eine mächtige Staubwolke umhüllte den ganzen Bau, dann war Alles vorüber. Die Menge sah sich gegenseitig in die erschrockenen Gesichter. Die ganze Katastrophe war von einem erdbebenähnlichen Getöse begleitet.“

Bern, 24. Jan. Das amtliche „Schweiz. Bund.-Bl.“ enthält Folgendes: Der Schweizerische Generalkonsul in Washington warnt in seiner neuesten Depesche vom 31. Dez. abhin wiederholt und nachdrücklich gegen die Auswanderung nach den Verein. Staaten von Nordamerika, namentlich zur Winterzeit und Angesichts der gegenwärtigen gedrückten Erwerbsverhältnisse. Wer jetzt ohne Geldmittel in Amerika anlangt, verfallt, besonders bei Unkenntniß der englischen Sprache, sowie der dortigen Verhältnisse, unvermeidlich der Noth, trotz aller löblichen Bemühungen der Einwanderungskommission in New-York, wofelbst im verflohenen Jahr allein über 240,000 Einwanderer landeten.

Aus Paris, 25. Jan. schreibt man dem „Münch. Korr.“: Vor einigen Tagen unterzeichnete der Direktor des Théâtre Lyrique, Hr. Garvalho, einen Vertrag mit Hrn. Ritter, dem Bevollmächtigten Richard Wagner's und Uebersetzer des „Ehengrün“, kraft dessen diese Oper demnächst, voraussichtlich im Mai d. J., auf der genannten Bühne aufgeführt werden soll. Eine besondere Bestimmung dieses Vertrags ermächtigt Hrn. Hans v. Bülow, die Proben der Oper zu überwachen.

Nachricht.

München, 28. Jan. In der Abgeordnetenkammer legte der Handelsminister einen Gesetzentwurf, die Ausdehnung und Vervollständigung des Staatsbahn-Netzwerks betreffend, vor. Es sollen 290 Stunden neue Bahnen mit einem Kostenaufwand von 146 Millionen gebaut, zunächst jedoch nur 60 Millionen verwendet werden.

Berlin, 27. Jan. (Sch. M.) Man bestätigt, daß die gestern gegenseitig mitgetheilten französisch-preussischen Erklärungen wegen der medlenburgischen Angelegenheit heute, Montag, von Bismarck und Benedetti unterzeichnet wurden. Außer Herabsetzung des Weinzolles und Zolles auf leichte Baumwollen-Gewebe sollen noch einige andere Punkte geringer Bedeutung von Preußen zugestanden sein. Sektionschef Depretis aus Wien wird in einigen Tagen hier eintreffen zur Wiederaufnahme der handelspolitischen Verhandlungen zwischen Preußen und Oesterreich.

Rom, 27. Jan. Monsignore de Wittgen, der Minister des Innern, ist gestorben.

Paris, 28. Jan. Im Gesetzgeb. Körper begann gestern die Berathung über die Interpellation Lanjuaais (die Friedhöfe und Hrn. Hausmann betr.); sie wird heute fortgesetzt werden. Im Senat begann die Berathung des neuen Heeresgesetzes. Premier findet das Gesetz ungenügend, um die Unabhängigkeit und den Einfluß Frankreichs in Europa zu sichern. Delarue und Rouland vertheidigen das Gesetz. Heute Fortsetzung.

Frankfurt, 28. Jan., 2 Uhr 33 Min. Nachmittags. Oesterr. Kreditaktien 184 1/2, Staatsbahn-Aktien 243 1/2, National-Bk. Steuerfreie 48 1/2, 1860r Loose 71 1/2, Oesterr. Baluta 99, 4 Proz. bad. Loose 98 1/2, Amerikaner 75 1/2, Gold 141 1/2, 111 1/2.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

Table with 6 columns: Date, Barometer, Thermometer, Wind, Himmel, Witterung. Data for 26. Jan. and 27. Jan.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Fern. Koenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 30. Jan. 1. Quartal. 18. Abonnementsvorstellung. Genoveva; dramatische Oper in 4 Akten, von Schumann. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

Freitag 31. Jan. 4. Abonnementskonzert des groß. Hoforchesters im großen Saal des Museums. Anfang 7 Uhr.

Theater in Baden.

Mittwoch 29. Jan. Wegen Unpäßlichkeit der Frau Brauhöfer statt der angekündigten Oper „Zilda“: Der Freischütz, romantische Oper in 3 Akten, von Kind. Musik von C. M. v. Weber.

Die Wahl eines Abgeordneten in das deutsche Zollparlament ist den 10. Wahlbezirk umfassend die Amtsgerichts-Bezirke Karlsruhe und Bruchsal — betr. Die Unterzeichneten laden die Wähler des zehnten Wahlbezirks zu einer Besprechung über die am 18. Febr. d. J. stattfindende Wahl eines Abgeordneten zum deutschen Zollparlament auf Sonntag den 2. Februar, Vormittags 11 Uhr, in den Rathhaussaal dahier ergeben ein.

Karlsruhe, den 27. Januar 1868. Ralsch, Oberbürgermeister. Schweig, Gemeinderath. A. Haas, Bankier. Dr. Kiegel, Apotheker. Nicolai, Ministerialrath. Eminghaus, Professor, sämtlich von Karlsruhe. Bauer, Oberrechnungs-rath. Bopp, Kaufmann. Lint, Hutmacher. Föhrer, Amtsrevisor. Dreysch, Kaufmann. Hed, Rathschreiber. Rodrian, Buchdruckereibesitzer, sämtlich von Bruchsal. Gausler, Bürgermeister von Mühlburg.



